

Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden. (*Tung Fang Jih Pao*, Hongkong, nach SWB, 18.7.1998; SCMP, 25.7.1998; AWSJ, 24.-25.7.1998)

Die Entkoppelung von Armee und kommerziellen Unternehmungen wird sich in keinem Falle kurzfristig durchsetzen lassen, zumal die staatlichen Haushaltsmittel nicht ausreichen werden, um den resultierenden Einnahmeausfall zu kompensieren. Auch werden sich für die zahlreichen defizitären kleinen und mittleren Militärunternehmen – ähnlich wie für die vielen maroden Staatsunternehmen – kaum zivile Käufer finden lassen. (*Ming Pao*, 25.7.1998, nach SWB, 28.7.1998)

John Frankenstein, einer der besten Kenner des chinesischen Militärisch-Industriellen-Komplexes, äußerte sich skeptisch zu den jüngsten Vorstößen der Parteiführung: „They start off these big projects with lots of fanfare, but things soon disappear in the sand.“ (AWSJ, 30.7.1998) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

10 Stärkere Betonung akademischer Forschung an Akademie der Sozialwissenschaften

Die 1977 gegründete Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, die seit Jahren Schwierigkeiten hat, ihre Existenzberechtigung unter Beweis zu stellen, und mit entsprechend knappen Finanzmitteln ausgestattet ist, scheint jetzt über ihre Rolle neu nachzudenken. Nachdem sie bislang als ihre erstrebenswerte Funktion die Beratung der Partei und Regierung ansah und Wissenschaftler dieser Akademie auch tatsächlich wichtige Teile der Reform- und Öffnungspolitik geplant und entworfen haben, sind in jüngster Zeit kritische Stimmen zu vernehmen, die eine zu große Praxisorientiertheit in der Akademiearbeit bemängeln und dadurch das wissenschaftliche Niveau der Akademie gefährdet sehen. Deshalb hat der neue Akademiepräsident Li Tieying, der dieses Amt im März von dem marxistischen Historiker Hu Sheng über-

nahm, kürzlich betont, die Akademie der Sozialwissenschaften müsse mehr Wert auf akademische Forschung legen und sich nicht so sehr mit kleineren praktischen Problemen befassen. Sein Ziel sei, die Akademie zu einer erstklassigen Einrichtung für sozialwissenschaftliche Forschung zu machen, die zu den besten der Welt gehöre. Dazu sei es erforderlich, theoretische Forschung zu stärken und Themen von grundlegender Bedeutung zu wählen, anstatt sich kurzfristig auf Themen von aktuellem Interesse für Partei und Regierung zu werfen. Diese könnten bestenfalls ein Nebenprodukt grundlegender Theorien sein. Es wird zugegeben, daß für praktische Probleme, insbesondere „heiße“ wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen, leichter Mittel zu beschaffen seien als für abstraktere Themen wie Archäologie oder Anthropologie, aber die Bearbeitung solcher Fragen wird nicht als Hauptaufgabe der Akademie betrachtet. Nach Li Tieying soll praxisorientierte Forschung zwar nicht aufgegeben werden, aber sie soll nur betrieben werden, wenn sie Themen von strategischer und allgemeiner Bedeutung für Chinas Entwicklung behandelt. Er machte klar, daß die Kapazität der Akademie für die Bearbeitung praktischer Probleme und insbesondere für Informationsbeschaffung für die Regierung begrenzt sei. Das Schwergewicht soll statt dessen auf eine Reihe wissenschaftlich anspruchsvoller Forschungsprojekte gelegt werden, die exzellente Forschungsergebnisse versprechen und geeignet sind, das akademische Niveau der gesamten Akademie anzuheben. Hierbei handelt es sich um 98 Schwerpunktprojekte, die durch ein strenges Begutachtungsverfahren aus den derzeit in Arbeit befindlichen gut 500 Forschungsprojekten der Akademie ausgewählt wurden und speziell gefördert werden sollen. Dazu zählen u.a. wirtschaftstheoretische Themen, Prognosen der sozioökonomischen Entwicklung sowie eine Wirtschaftsgeschichte der Volksrepublik. (Vgl. GMRB, 12.7.98; XNA, 11. u. 15.7.98)

Noch ist es zu früh zu beurteilen, ob die jetzt angekündigte Maßnahme möglicherweise den entscheidenden Schritt zu einer grundlegenden Reform der Forschungsarbeit an der Akademie der Sozialwissenschaften bedeutet. Ein solcher Schritt müßte darin bestehen, daß die Akademie endlich von ihrer Vereinnahmung

durch die Politik befreit und zu unabhängiger Forschung befähigt würde. -st-

11 Hochschulreform: Revidierter Studienfächerkatalog

Wie im vergangenen Jahr angekündigt, hat das Bildungsministerium jetzt den revidierten Studienfächerkatalog veröffentlicht (vgl. dazu C.a., 1997/5, Ü 10). Er führt alle Studienfächer auf, die an regulären Universitäten und Hochschulen studiert werden können und in denen ein regulärer Abschluß erlangt werden kann. Die Neufestlegung des Fächerkanons war notwendig, weil dieser sich in den achtziger Jahren auf über 1.300 Spezialfächer aufgebläht hatte mit der Folge, daß Chinas Hochschulabsolventen nicht breit genug ausgebildet und aufgrund ihrer engen Spezialisierung beruflich häufig nur begrenzt einsetzbar waren. Eine erste Reduzierung auf 504 Studienfächer war bereits 1993 vorgenommen worden. Jetzt wurde der Fächerkatalog abermals gekürzt, und zwar um die Hälfte auf nunmehr 249 Studienfächer. Diese gliedern sich in elf Fakultäten, nämlich Philosophie, Wirtschaftswissenschaft, Rechtswissenschaft, Pädagogik, Literaturwissenschaft, Geschichtswissenschaft, Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Agrarwissenschaft, Medizin und Betriebswissenschaft. Der neue Fächerkanon kommt bereits dieses Jahr in der Planung zur Anwendung, bevor er im Jahre 1999 endgültig in Kraft tritt. Studenten, die sich vor 1999 immatrikuliert haben, können noch nach dem alten Fächerkanon ausgebildet werden. (RMRB, 17.7.98, S.5) Durch die Neuordnung der Studienfächer werden es die künftigen Hochschulabsolventen Chinas auf dem Arbeitsmarkt leichter haben; zugleich paßt sich China stärker internationalen Normen an. -st-

12 Probleme bei gemischt finanzierten Schulen

Das Bildungsministerium hat kürzlich eine „Meinungsäußerung zum Experiment der Reform des Schulsystems im Bereich der Plichterziehung“ herausgegeben. Hintergrund ist, daß sich die Reform des Schulsystems offensichtlich nicht im Sinne der Regierung entwickelt. Dabei geht es vor allem um die Betreiber der Schulen, d.h. die

Zulassung von Privatschulen. Neben den öffentlichen Schulen hat man in den vergangenen Jahren auch andere Schulformen zugelassen, wie z.B. öffentliche Schulen, die privat unterstützt werden (*gongban minzhu*) und private Schulen, die öffentlich unterstützt werden (*minban gongzhu*), so daß ein System entstanden ist, in dem der Staat Hauptträger der Schulen ist und gesellschaftliche Kräfte auf unterschiedliche Weise als Träger mit beteiligt sind. Der Staat sieht sich nicht in der Lage, den ungeheuren Ausbau des Schulwesens, wie er durch die Einführung der neunjährigen Schulpflicht notwendig geworden war, allein zu finanzieren, und ist daher auf die Unterstützung nichtstaatlicher Institutionen und der privaten Seite angewiesen. Die verschiedenen Mischformen freilich verursachen Probleme, und diese sollen durch die Meinungsäußerung korrigiert werden.

Das Hauptproblem ist, daß im Pflichtschulbereich viele nichtstaatliche, d.h. privat betriebene Schulen, die öffentliche Gelder in Anspruch nehmen, hohes Schulgeld erheben, obwohl im Rahmen der Pflichtschule offiziell Schulgeldfreiheit herrscht. Das Prinzip der Schulgeldfreiheit soll bei Schulen, die öffentlich unterstützt werden, gewahrt bleiben. Die Wirklichkeit allerdings sieht häufig anders aus. So kommt es vielfach vor, daß öffentliche Schulen unerwünschte Mischformen einführen, bei denen gegen Entrichtung von Schulgeld eine qualitativ bessere Bildung geboten wird. Dies wird dann „eine Schule in der Schule“ oder „eine Schule, zwei Systeme“ genannt, d.h. in ein und derselben Schule wird ein öffentlicher, schulgeldfreier Zweig angeboten und daneben in einem anderen Zweig, an dem Schulgeld gezahlt werden muß, eine Elitebildung. Oder aber es werden an einer aus öffentlichen Mitteln finanzierten Schule Sonderklassen eingerichtet, die privat finanziert werden und ebenfalls ein höheres Niveau haben. In jedem Fall wird für qualitativ besseren Unterricht Schulgeld verlangt. Insofern untergraben diese Praktiken nicht nur das Prinzip der Schulgeldfreiheit, sondern auch die gegenwärtigen Bemühungen der Regierung, die Qualität der Schulbildung allgemein anzuheben. Zugleich laufen sie auch dem Grundsatz zuwider, daß Schulkinder die Schule in Wohnnähe besuchen müssen, also sich die Schule nicht auswählen dürfen. So verständlich die-

se Praktiken angesichts des Bestehens einer immer noch großen Zahl schwacher Schulen aus der Sicht der Eltern sind, die für ihre Kinder die bestmögliche Schulbildung anstreben und bereit sind, dafür auch beträchtliche Summen zu zahlen, so hinderlich sind sie für die gesamte Bildungsreform.

Deshalb wird in der Meinungsäußerung des Bildungsministeriums klargestellt, daß öffentliche Schulen mit privater Unterstützung und private Schulen mit öffentlicher Unterstützung ein Experiment darstellen und im Rahmen der Pflichtbildung das öffentliche Schulsystem lediglich ergänzen. Die öffentlichen Schulen bleiben die hauptsächliche Schulform. Die Provinzen werden aufgefordert, die Zahl der neuen Schulformen streng zu kontrollieren und die Schulaufsicht zu verstärken. (Vgl. RMRB, 29.7.98)

Gemischt finanzierte Schulen sind offiziell zugelassen. Dabei waren die privaten Mittel ursprünglich dazu gedacht, das allgemeine Niveau der Schulen anzuheben. Nun aber scheinen sie vorwiegend in Elitebildung zu fließen, die gerade abgeschafft werden soll. Das sich neu herausbildende System erinnert sehr stark an das mittlerweile überholte System der Schwerpunktschulen, bei dem nicht nur einzelne Eliteschulen, sondern auch einzelne Schwerpunktklassen besonders gefördert wurden. Der Unterschied liegt lediglich in der Finanzierungsart. Während die Schwerpunktschulen und -klassen staatlich gefördert wurden, wird die Elitebildung heute privat finanziert. Die Schwerpunktschulen waren nötig, solange es große Niveauunterschiede zwischen den Schulen eines Schultyps gab. Seit Einführung der allgemeinen Schulpflicht bemüht sich der Staat um Niveauleichung der öffentlichen Schulen, die freilich ein langwieriger Prozeß ist, der nun zusätzlich durch Praktiken behindert wird, die nicht im Sinne des Gesetzgebers waren. Das Problem liegt offensichtlich in der Mischfinanzierung. Vermutlich würde eine Trennung von öffentlichen und privaten Schulen eine Lösung bieten können, doch wäre der Staat wohl kaum bereit, einerseits auf private Fördergelder für die öffentlichen Schulen und andererseits auf Kontrollmöglichkeiten an den privat betriebenen Schulen zu verzichten.

Tatsächlich ist der Staat in hohem Maße auf die Unterstützung des Schulwesens von privater Seite angewie-

sen, denn angesichts der erforderlichen Ausweitung des Pflichtschulbereichs und der ebenfalls geforderten Anhebung der Lehrergehälter stehen ihm nur begrenzte Mittel für die Wahrnehmung seiner Bildungsaufgaben zur Verfügung. Kürzlich wurde bekannt, daß 93 Prozent der öffentlichen Bildungsausgaben für Gehälter und Pensionen verwendet werden müssen und für die Finanzierung aller restlichen Bildungsaufgaben nur 7 Prozent der öffentlichen Mittel für das Bildungswesen zur Verfügung stehen, an manchen Orten soll es sogar Null Prozent sein (RMRB, 21.7.98, S.11). -st-

13 Probleme der Berufsbildung

Seit Anfang der achtziger Jahre wird der beruflichen und technischen Bildung im Rahmen der gesamten Bildungsreform große Aufmerksamkeit geschenkt, war doch dieser Bereich traditionell in China unterentwickelt. Seitdem ist er beachtlich ausgeweitet worden, allerdings gibt es auch eine ganze Reihe von Problemen. Zu diesen wurde kürzlich der Leiter der Abteilung für beruflich-technische Bildung im Bildungsministerium von einem Reporter der *Guangming-Zeitung* befragt (vgl. GMRB, 11.7.98, S.2). Vorangestellt wurden folgende Fakten:

Seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik hat sich der Berufsbildungssektor sehr schnell entwickelt. Auf beruflich-technischen Schulen der Sekundarebene befanden sich 1997 über 10,88 Mio. Schüler. Auf der Sekundarstufe II vollzogen in dem Jahr 56,27 Prozent aller Schüler den Übergang in eine beruflich-technische Schule, und 56,14 Prozent aller Schüler der Sekundarstufe II (Schuljahr 10-12) besuchten eine solche Schule. Damit hat sich die Struktur der Sekundarstufe II grundlegend gewandelt. In vielen Städten gibt es heute Berufsschulen mit Vorbildcharakter. So gibt es bereits über 2.000 Einrichtungen oberhalb der Provinzebene und gut 700 zentralstaatliche Schwerpunkteinrichtungen. Zwischen 1980 und 1997 erhielten über 30,86 Mio. Schüler eine beruflich-technische Ausbildung, das waren 4,5mal mehr als in den ersten dreißig Jahren seit Errichtung der Volksrepublik. Außer auf beruflichen Mittelschulen wird berufliche Bildung auch auf Hochschulebene und auf dem Lande auf Grundschulen vermittelt. Dies wird als „Berufsbildungssystem chinesischer Prägung“ bezeichnet.

In dem Interview selbst ging es um die trotz der positiven Entwicklung vorhandenen Probleme in diesem Bildungssektor. Gegenwärtig, so brachte der Vertreter des Bildungsministeriums klar zum Ausdruck, ist China aufgrund der regionalen Ungleichgewichte in der Bildungsstruktur, der unzureichenden Bildungsressourcen sowie der unausgewogenen Struktur und Qualität der Lehrer nicht in der Lage, den Bedarf an Hunderten von Millionen hochqualifizierten Arbeitern und Fachleuten zu decken. Bildungsideen, Bildungsinhalte und Didaktik seien veraltet, und es herrsche ein akuter Mangel an Investitionen im Bildungswesen. Außer diesen Problemen kämen speziell in der Berufsbildung neue Probleme hinzu, insbesondere das Problem, wie die Branchen, die laut Berufsbildungsgesetz von 1996 unter staatlicher Kontrolle für die Organisation der Berufsbildung verantwortlich sind, zur Verantwortung gezogen werden können. Hier gebe es eine Menge praktischer Probleme, weil derzeit eine ganze Reihe von Unternehmen neugeordnet werde, ihren Betrieb einstelle, aufgelöst werde oder zu schwach sei, um sich um berufliche Bildung zu kümmern. Deshalb sei es ein dringend zu lösendes Problem, wie die Betriebe der jeweiligen Branche zur beruflichen Bildung heranzuziehen seien. Angesichts der Beschäftigungskrise hätten es Absolventen von Berufsschulen immer schwerer, einen Arbeitsplatz zu finden. Gerade deshalb müsse die Qualität der Berufsbildung verbessert werden. Der beruflichen Bildung mangle es immer noch an Anziehungskraft.

Um aus all diesen Schwierigkeiten herauszukommen, so der Vertreter des Ministeriums, sei auf folgendes zu achten:

1. Unter der Gesamtplanung der Regierung müssen die Ministerien und Branchen eine größere Rolle spielen; es müssen gesunde Branchenorganisationen aufgebaut werden, und diese müssen in die Lage versetzt werden, Berufsbildung zu betreiben. Angesichts der jüngsten Reform der Regierungsorgane (die meisten Branchenministerien wurden abgeschafft) sind für die Berufsbildung zwei große Probleme entstanden: zum einen das Problem der Verwaltung, zum anderen das der Leitung. Ganz gleich, ob ein Branchenministerium noch besteht oder nicht, die ursprünglich von den jeweiligen Ministerien verwalteten Bran-

chen bestehen noch, und laut Berufsbildungsgesetz müssen sie die Leitung in bezug auf die Berufsbildung in ihrer jeweiligen Branche übernehmen. Da es aber in China keine unabhängigen Branchenorganisationen gibt, ist es erforderlich, daß die Ausschüsse in den zuständigen Ministerien möglichst schnell darangehen, entsprechende Organisationen aufzubauen, die die Organisation und Leitung der beruflichen Bildung übernehmen können.

2. Jede Art von Unternehmen muß dazu gebracht werden, verantwortlich Berufsbildung durchzuführen, wie es das Berufsbildungsgesetz vorschreibt. Die Kosten dafür sind von den Unternehmen zu tragen. Die örtlichen Regierungen müssen darauf achten, daß die Betriebe auch tatsächlich die Kosten für die berufliche Bildung übernehmen. In einigen Städten wie Qingdao, Ningbo, Suzhou, Wuxi und Changzhou ist dies hervorragend geregelt, aber im größten Teil des Landes sieht es diesbezüglich nicht gut aus.

3. Die Qualität der Ausbildung muß verbessert werden, um so die Chancen der Absolventen von Berufsschulen auf dem Stellenmarkt zu steigern. Vor allem müssen den Berufsschülern Berufsethik, Arbeitsethos und eine veränderte Auffassung von Beschäftigung beigebracht werden, letztere dahingehend, daß sie lernen, selbständig etwas zu unternehmen und aufzubauen, anstatt auf reguläre Beschäftigung zu warten.

4. Die strukturelle Anpassung und regionale Verteilung der Berufsschulen auf Sekundarebene müssen verbessert werden, so daß berufliche Bildung überall zur Verfügung steht und deren Effektivität gesteigert wird. Im Zusammenhang mit der Anpassung der Produktionsstruktur und der Reform der Regierungsorgane müssen die überkommenen Trennungslinien zwischen den Ministerien und Branchen sowie zwischen den Ministerien und Branchen auf der einen und den örtlichen Stellen auf der anderen Seite durchbrochen werden, um so zu einer Gesamtplanung, vernünftigen regionalen Verteilung und standardisierter Verwaltung zu kommen. Die örtlichen Regierungen müssen zu kleine, nicht dem Standard entsprechende und von der Lage her unsinnige Berufs- und Fachschulen der Sekundarstufe II auflösen und ihre finanziellen Mittel auf größere und lohnende Projekte konzentrieren. Fachmit-

telschulen verschiedener Zuordnung, z.B. solche, die der Zentrale, und solche, die örtlichen Stellen unterstehen, sollten zusammengelegt werden oder zusammenarbeiten, und die Ausbildungsgänge an den Berufsschulen sollten reformiert werden mit dem Ziel einer schrittweisen Standardisierung.

5. Nach Bedarf soll auch die tertiäre Berufsausbildung entwickelt werden. Hochschulen, die berufliche Bildung vermitteln, können von Absolventen der Oberstufe beruflicher Mittelschulen besucht werden. Der Anteil der Übergänge von einer Berufsschule der Sekundarstufe II zu einer beruflichen Hochschule soll ausgeweitet werden.

Abschließend erwähnte der Vertreter des Ministeriums, daß in China in den vergangenen Jahren ein zunehmender Trend zur allgemeinbildenden Mittelschuloberstufe festzustellen sei, dies vor allem unter dem Eindruck des engen Beschäftigungsmarktes. Infolgedessen drängten viele zu den Hochschulen, und entsprechend nehme die Zahl derjenigen zu, die bei der Hochschulauftaknahmeprüfung durchfielen. Damit einhergehend, sinke der Anteil derjenigen, die auf der Sekundarstufe II eine berufliche Schule besuchen. Hier sei es von besonderer Wichtigkeit, daß die örtlichen Regierungen und Bildungsämter strikt auf die Einhaltung des vom Staat festgelegten Anteils der beruflichen Bildung auf der Sekundarstufe II achteten (dieser soll im Verhältnis zur allgemeinbildenden Sekundarstufe II mindestens 50 Prozent betragen).

Die aufgezeigten Probleme in der Berufsbildung lassen erkennen, daß es heute nicht mehr allein um Ausweitung geht, sondern in erster Linie um organisatorische Fragen und um Qualitätsverbesserung. Die Chancen der auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen verbessern sich in dem Maße, in dem sich ihre berufliche Ausbildung verbessert. Dies wird auch von der Politik erkannt. Die Qualität der Berufsbildung hängt nicht zuletzt von verbesserten Rahmenbedingungen ab, die es im Zuge der institutionellen Umstrukturierungen nun neuzugestalten gilt. Hier könnte durchaus eine Chance für ein verbessertes Berufsbildungssystem liegen. -st-

14 Veränderungen auf dem Pressemarkt

In Shanghai wurde jetzt das sechste Presseimperium Chinas gegründet (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 16): die Vereinigte Zeitungsgruppe Wenhui-Xinmin (Wenhui-Xinmin United Press Group). Sie ist aus dem Zusammenschluß zweier großer Shanghai Zeitungen entstanden, der *Wenhui bao* und der *Xinmin wanbao*. Die *Wenhui bao* existiert seit 60 Jahren und wendet sich hauptsächlich an Intellektuelle. Die *Xinmin wanbao* gibt es seit bald 70 Jahren; sie ist die älteste Abendzeitung Chinas. Zusammen bringen beide Blätter derzeit zehn Zeitungen und Zeitschriften heraus. Sie unterhalten Büros in zehn Ländern und Regionen sowie bei den Vereinten Nationen und geben eine Sonderausgabe für Leser in den USA heraus. (XNA, 26.7.98)

In Beijing ist im Juli erstmals eine neue Morgenzeitung, die „Beijinger Morgenpost“, erschienen. Sie wird gemeinsam von der „Beijinger Tageszeitung“, der „Beijinger Abendzeitung“ und der „Beijinger Jugendzeitung“ betrieben. Das Blatt hat acht Seiten mit den Rubriken chinesische und internationale Nachrichten, Finanzen und Wirtschaft, Sport und Gesellschaft. Das Besondere ist der Stil, der sich mit seiner Lebendigkeit grundlegend von dem der Parteizeitungen unterscheidet. Die Zeitung soll sich selbst den Lesern als „Lifestyle“-Blatt vorgestellt haben, das insbesondere Leser mit Problemen und Sorgen ansprechen und weniger Politik bringen will. Sie setzt sich u.a. zum Ziel, kritische Fragen aufzugreifen und Unregelmäßigkeiten aufzudecken, wie z.B. Betrügereien bei den Hochschulaufnahmeprüfungen. Nach Einschätzung der *South China Morning Post* bedeuten solche neuen Blätter wie die „Beijinger Morgenpost“ eine große Herausforderung für die ideologisch geprägten Zeitungen. (XNA, 21.7.98; SCMP, Internet Ed., 21.7.98)

Chinas Presselandschaft wird immer bunter und vielseitiger. Dabei scheint vor allem für mehr „unpolitische“ Blätter ein wachsender Markt vorhanden zu sein; Lifestyle-Fragen interessieren mehr als politische Propaganda. Anzumerken ist allerdings, daß auch die neuentstehenden Blätter sich nicht außerhalb der offiziellen Parteipropaganda stellen können. Kritik können sie nur an solchen Erscheinungen üben,

die auch von der Partei bekämpft werden, wie z.B. Mängel im Bildungswesen oder Kaderkorruption. -st-

15 Architektenwettbewerb für neues Beijinger Theater

Für den geplanten Theaterneubau in der chinesischen Hauptstadt hat die chinesische Regierung einen Architektenwettbewerb ausgeschrieben, dessen Frist im Juli ablief. Insgesamt wurden 44 Entwürfe eingereicht, darunter 13 aus Festlandchina, 3 aus Hongkong und der Rest aus den USA, Kanada, Japan, Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich, Britannien und Griechenland. Bemerkenswert ist, daß die Beijinger Bevölkerung in den Entscheidungsprozeß mit einbezogen ist. Alle Entwürfe wurden eine Woche lang im Museum für die Geschichte der chinesischen Revolution ausgestellt, und die Öffentlichkeit wurde eingeladen, das schönste Modell auszuwählen. In der letzten Juliwoche sollte dann ein elfköpfiges Expertenkomitee, dem die Ergebnisse der öffentlichen Befragung vorlagen, die drei besten Entwürfe auswählen. In dem Expertenkomitee saßen auch ein Fachmann aus Hongkong und drei Ausländer. Im August soll die Beijinger Regierung die endgültige Wahl treffen. Die Entwürfe reichen von avantgardistischen Bauten bis hin zu konventionellen Modellen nach dem Vorbild der Großen Halle des Volkes. Die Entscheidung wird mit großer Spannung erwartet, obwohl davon auszugehen ist, daß die Regierung einen Auftrag von solcher Bedeutung einem chinesischen Architekten geben wird. Außerdem, so ein chinesischer Fachmann, hätten chinesische Politiker einen konservativen Geschmack und würden einen Entwurf auswählen, der gut zur Großen Halle des Volkes passe. (SCMP, Internet Ed., 20.7.98)

Das neue Theater soll westlich der Großen Halle des Volkes auf 120.000 qm errichtet werden. Es wird aus einem Opernhaus mit 2.700 Sitzen, einer Konzerthalle mit 2.000 Sitzen, einem Theater mit 1.200 Sitzen und einem kleineren Theater mit 300–500 Sitzen für moderne Stücke bestehen. Mit dem Bau, für den 3 Mrd. Yuan RMB veranschlagt sind, soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Die Fertigstellung ist für das Jahr 2001 vorgesehen. Wie es heißt, soll schon Zhou Enlai ein Nationaltheater an der ausersehnen Stelle geplant ha-

ben, doch seien seine Pläne durch den Großen Sprung und die Kulturrevolution sowie durch Geldmangel verzögert worden. Außerdem habe es einen Streit zwischen Befürwortern eines Theaterbaus und dem Nationalen Volkskongreß gegeben, der an der Stelle ein Bürogebäude für sich errichten wollte. (SCMP, Internet Ed., 7.7.98) -st-

16 Gastspiel der Shanghai Oper in New York untersagt

Am 7. Juli sollte die traditionelle *kunqu*-Oper „Päonien-Pavillon“ in New York im Rahmen des Lincoln-Center-Festivals in einer Inszenierung des seit mehreren Jahren in den USA lebenden Regisseurs Chen Shizheng mit dem Shanghai *kunqu*-Opernensemble Premiere haben. Für die Aufführung der 400 Jahre alten chinesischen Oper bestand eine vertragliche Abmachung zwischen dem Lincoln-Center-Festival und der Shanghai *kunqu*-Oper. Die Produktionskosten trug die amerikanische Seite; außer in New York sollte die Oper auch in Paris, Hongkong und Sydney auf die Bühne kommen. Wenige Tage vor der Premiere jedoch wurde dem Shanghai Opernensemble die Ausreisegenehmigung nach New York verweigert und damit eine vielversprechende künstlerische Zusammenarbeit zwischen Amerikanern und Chinesen zunichte gemacht. Für die amerikanische Seite bedeutet die Absage einen großen finanziellen Verlust, wie der Festival-Leiter bestätigte, doch noch schlimmer sei die Enttäuschung für das chinesische Ensemble, das acht Monate geprobt und hart gearbeitet und die Aufführungen im Ausland als einmalige Chance begriffen habe. Das Ausreiseverbot wird nicht zuletzt dem Ruf der Stadt Shanghai als kommende Kulturmetropole schaden, den die Stadt sich mit der bevorstehenden Eröffnung seiner neuen Oper erhofft. Denn das neue Opernhaus wird auf internationale Koproduktionen und internationale Geldgeber angewiesen sein. (AWSJ, 27.6.98 u. SCMP, Internet Ed., 1.7.98)

Das Verbot der Operaufführung in New York scheint eine Entscheidung der Shanghai Kulturbürokratie zu sein, ohne daß die Zentrale darauf Einfluß genommen hätte. Der Hintergrund ist folgender:

CHINA aktuell

Chen Shizheng hatte sich für die historische Vollform der Oper „Päonien-Pavillon“ entschieden, die aus 55 Szenen besteht, die zwanzig Stunden dauern und über sechs Abende verteilt und als Wochenendmarathon im Lincoln Center gespielt werden sollten. Trotz einiger stilistischer und interpretatorischer Neuerungen soll seine Inszenierung im Grunde konservativ gewesen sein. Dennoch mißfiel sie den Shanghaier Kulturbürokraten. Eine ausführliche Begründung und Kritik an der Inszenierung brachte die Shanghaier *Wenhui bao* am 20.6.98 (vgl. SWB, 4.7.98), nachdem ein ausgewähltes Publikum in Shanghai drei Tage und drei Nächte einer Probe beiwohnen konnte. In der Kritik wurde hauptsächlich bemängelt, daß die Aufführung das Stück verfälsche. In der Absicht, die traditionelle *kunqu*-Oper wiederzubeleben, habe der Regisseur am Original manipuliert und absichtlich Feudalismus, Aberglauben, Pornographie, unanständige Sprache und anderes Verwerfliche überbetont. Damit habe er der künstlerischen Qualität des traditionellen *kunqu* geschadet, das Erhabene dieser Kunstform zerstört und im Publikum ein Gefühl des Abscheus hinterlassen. Ihm wird vorgeworfen, die kulturelle und historische Dimension der Oper nicht eingehend genug studiert zu haben. Hingewiesen wird vor allem auf die historische Aufführungspraxis; seit Jahrhunderten nämlich sei aus kulturellen und historischen Gründen niemals die ganze Oper aufgeführt worden, sondern immer nur die hervorragenden „highlights“. Diese hätten seit Generationen als perfekte Form des *kunqu* gegolten. In dieser Form sei „Päonien-Pavillon“ nicht nur ein Klassiker der traditionellen chinesischen Oper geworden, sondern auch ein Symbol für Chinas traditionelle Kultur. Die von Chen Shizheng auf die Bühne gebrachte Version wolle absichtlich die Rückständigkeit der traditionellen chinesischen Kultur zeigen, sie jage Schwächen der östlichen Kultur nach und sei von der Sicht des Westens beeinflusst. Die Kritik schließt mit der Aufforderung, sich genau zu überlegen, was von der klassischen Kultur bewahrt und was auf den internationalen Bühnen gezeigt werden solle.

Wie es heißt, sollen der Regisseur und der Festival-Leiter, der eigens nach Shanghai geeilt war, um die Aufführung zu retten, Kompromißvorschläge angeboten haben, die der Leiterin

der Shanghaier Kulturbehörde allerdings nicht weit genug gingen. Deren Forderungen konnten die beiden nicht nachkommen, weil sonst die Vorstellungstermine nicht hätten eingehalten werden können. (AWSJ, 26./27.6.98)

Bemerkenswert ist, daß die autoritative *Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 11. Juni die Operninszenierung positiv bewertete. Das chinesische Volk könne stolz sein, daß dieser Klassiker der nationalen Kultur endlich der Welt zur Kenntnis gebracht werde (vgl. AWSJ, ebd.). Dies stärkt den Verdacht, daß die Shanghaier Kulturbürokratie eigenmächtig entschied. Wie dem auch sei, die Untersagung der Aufführung bestätigt wieder einmal die äußerst konservative kulturpolitische Linie der Partei. In diesem Falle kommt hinzu, daß man dem Ausland nur Positives und Erhabenes präsentieren möchte. Dabei wird völlig verkannt, daß für den westlichen Theaterbesucher die angeführten Kritikpunkte keineswegs dazu angetan sind, einen Schatten auf das chinesische Kunstwerk zu werfen. Vielmehr wurde eine Chance verpaßt, der westlichen Theaterwelt ein im Westen weitgehend unbekanntes Stück traditioneller chinesischer Kultur zu präsentieren. Es gibt auch Vermutungen, daß Berufsneid und Intrigen eine Rolle in der Affäre spielten. -st-

Außenwirtschaft

17 Entwicklung von Außenhandel und Auslandskapital noch zufriedenstellend im 1. Halbjahr

Bei einem Exportwachstum von 7,6% und einer Zunahme der Importe um 2,2% erreichte China im 1. Halbjahr 1998 einen Handelsbilanzüberschuß von 22,6 Mrd. US\$. Im Handel mit den asiatischen Nachbarn wurden allerdings größere Exporteinbrüche verzeichnet, insbesondere mit Korea (-30,2%) und den ASEAN-Staaten (-12,9%) sowie mit Japan (-4,3%). Die wirtschaftliche Flaute in Japan wirkt sich vor allem in Form geringerer Nachfrage und Investitionen für China aus.

Ausfälle im Handel mit den asiatischen Nachbarn konnte China zumindest teilweise kompensieren durch

Steigerungen der Ausfuhren in die USA (+18,4%; 16,68 Mrd. US\$) und in die EU-Staaten (+25%; 13,1 Mrd. US\$). Exporte nach Hongkong erhöhten sich um 4,3% auf 20,66 Mrd. US\$. Besondere Zuwächse verzeichneten die Ausfuhren nach Rußland (+48,8%) und nach Afrika (+44,1%), so daß Bemühungen um eine Diversifizierung bei den Handelspartnerländern sichtbar sind. (SCMP, 18.7.98)

Als Auswirkung der Asienkrise ist China derzeit auch mit einer Schwemme von billigen Produkten, vor allem Stahl und Textilien, aus Südkorea konfrontiert. Hierdurch sollen eine Reihe von Branchen unter einen starken Preiswettbewerb geraten sein, so daß sie sich schon an die Zentralregierung um Hilfe gewandt haben. (AWSJ, 24./25.7.98) Zu den Fördermaßnahmen zur Ausweitung der Exporte wurden im Juli Exportquoten für bestimmte Produkte aufgehoben bzw. ihr Volumen erhöht. Dazu zählen u.a. Aluminium und Nickel, aber auch Ginseng, Kaschmirwolle, Sesam, elektrische Ventilatoren, Schwarz-Weiß-Fernsehgeräte und Fahrräder. Im Handel mit den USA gelten diese Erhöhungen der Exportquoten jedoch nicht. (AWSJ, 13.7.98)

Obwohl das Exportwachstum im 1. Halbjahr 1998 weit hinter der Zunahme der Ausfuhren im letzten Jahr zurückblieb, erscheint das Ergebnis mit einem Exportüberschuß von mehr als 20 Mrd. US\$ noch zufriedenstellend zu sein. Dies gilt auch noch für den Zustrom von Auslandskapital, obwohl dieser deutlich geringer geworden ist. Nach offiziellen Statistiken erhöhten sich im 1. Halbjahr die zugesagten Direktinvestitionen um 5,53% und betragen 24,2 Mrd. US\$. Im Vergleich zur Vorjahresperiode gingen allerdings die realisierten Investitionen um 1,31% geringfügig zurück; das realisierte Investitionsvolumen lag bei 20,45 Mrd. US\$.

Um ausländische Investoren aus den USA und den EU-Staaten für ein Engagement in China zu gewinnen, plant MOFTEC, 1998 sieben Investitionsfördermessen im Ausland abzuhalten. (XNA, 25.7.98)

Die Provinz Guangdong trug mit 62,69 Mrd. US\$ bzw. mit 41,4% zum gesamten Außenhandel Chinas bei; Guandong's Exportanteil belief sich auf 42,4% (36,87 Mrd. US\$). Obwohl die Provinz mit sinkenden Aufträgen und schleppender Nachfrage aus